



Antrag

der Abgeordneten **Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Daniel Artmann, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Helmut Schnotz, Martin Stock CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Keine Toleranz für die Intoleranten –
Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III:
Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus“**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob sie sich für die Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle für politischen Islamismus nach dem Vorbild Österreichs einsetzen sollte. Dem Landtag ist hierzu zu berichten.

Begründung:

Eine evidenzbasierte Bekämpfung des Islamismus erfordert fundierte Informationen und Empfehlungen von Experten, die sich dem Islamismus auch von wissenschaftlicher Seite her nähern. Eine umfassende Dokumentation der islamistischen Aktivitäten könnte zudem Transparenz über radikale Aktivitäten im Namen und unter Missbrauch des Islam als Religion schaffen. Eine entsprechende Institution gibt es z. B. in Österreich bereits. Islamisten machen nicht vor Grenzen halt, sondern arbeiten global vernetzt. Daher könnte neben der Tätigkeit des Verfassungsschutzes auch auf der zivilen Seite ein intensiver institutionalisierter Austausch über islamistische Tätigkeiten, deren Vernetzung, Finanzierung und Strukturen und ihre Protagonisten notwendig sein.

Eine solche Dokumentationsstelle könnte zudem Informations- und Sensibilisierungsprogramme für Multiplikatoren und Fachkräfte u. a. aus den Bereichen Polizei, Justiz, Sozialarbeit, Jugendhilfe und Flüchtlingshilfe erarbeiten. In die Arbeit der Dokumentationsstelle könnten dann auch Praktiker aus Bildungs-, Präventions- und Integrationsarbeit einbezogen werden. Eine Vernetzung und der Austausch mit vergleichbaren Institutionen, etwa in Österreich, kann dabei möglicherweise hilfreich sein.